

Venezuela wählt den Wechsel

OPPOSITION SIEGT BEI DEN PARLAMENTSWAHLEN

Bei den Parlamentswahlen am 6. Dezember 2015 siegte das demokratische Oppositionsbündnis „Mesa de Unidad Democrática“ (MUD) mit einem deutlichen Vorsprung vor der Regierungspartei „Partido Socialista Unido de Venezuela“ (PSUV). Bis Montagnachmittag wurde trotz elektronischem Wahlverfahrens nur ein Teilergebnis bekanntgegeben, wonach die MUD 99 und die PSUV 46 von 167 Sitzen errungen haben. Es zeichnet sich allerdings eine deutliche – vermutlich verfassungsändernde – Parlamentsmehrheit ab. Damit steht die sozialistische Regierung vor dem Ende. Ob sie aber auch bereit ist, dem Votum der Wähler zu folgen und dem Wunsch nach einem Wechsel nachzugeben, wird sich in den nächsten Wochen bis zur Konstituierung des neuen Parlaments zeigen. Das Ergebnis macht außerdem deutlich, dass sich das venezolanische Volk einen friedlichen, elektoralen und verfassungsmäßigen Wechsel wünscht.

Die Freude im spontan errichteten Pressezentrum der MUD in Caracas kannte keine Grenzen. Bereits am frühen Abend zeichnete sich ein klarer Sieg der Oppositionsparteien ab. Die MUD hat zur Verifizierung der Stimmen ein gut funktionierendes System der Berichterstattung aus allen Wahlkreisen aufgebaut. Dadurch war es möglich, das ungefähre Wahlergebnis vorherzusehen und möglichen Betrug zu erkennen.

Am späten Abend verkündete die Vorsitzende des Nationalen Wahlrats (Consejo Nacional Electoral, CNE), Tibisay Lucena, das Teilergebnis, wonach die MUD 99 und die Regierungspartei 46 Mandate errungen haben. Ähnlich wie Deutschland wird in Vene-

zuela nach einem personalisierten Verhältnisrecht gewählt. Die Wähler wählen Direktkandidaten ihres Wahlkreises und geschlossene Parteilisten in dem jeweiligen Bundesstaat. Die Ergebnisse aus den verbliebenen Wahlkreisen befanden sich laut CNE am Montag noch im Prozess der Verifizierung. Im Fall von fünf Mandaten sei gar eine genaue Ermittlung der Endergebnisse kaum „zuordnungsbar“, so die kryptische Äußerung der Wahlkommission, dessen Führungsgremium mehrheitlich aus regierungstreuen Mitgliedern besteht.

Der Grund für die starke zeitliche Verzögerung dürfte in der Eindeutigkeit des Wahlergebnisses liegen, mit dem die wenigsten gerechnet haben. In einer politisch aufgeheizten Situation kann eine schrittweise Veröffentlichung einer Entemotionalisierung zuträglich sein. Angesichts eines elektronischen Wahlverfahrens, das ein Ergebnis in Echtzeit theoretisch ermöglicht, führt die Verzögerung der Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses auch zu Spekulationen und Gerüchten über mögliche Verhandlungen der politischen Gegner. Bereits am Vormittag des Wahltags zeichnete sich eine Rekordbeteiligung ab. Traditionell liegt die Beteiligung bei Präsidentschaftswahlen höher als bei Parlamentswahlen. Bei den Parlamentswahlen 2010 erreichte die Beteiligung mit 59 Prozent eine Rekordmarke, die nun weit übertroffen wurde. Am Ende gaben 74,25 Prozent der Wähler ihre Stimme ab und unterstrichen somit den Willen zur politischen Mitbestimmung. Das eindeutige Votum indes sprach für den Wunsch nach einem politischen Wechsel.

Am Wahlabend ließ das CNE die Wahllokale zunächst eine Stunde länger offen. Laut

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

Verfassung ist es möglich, dass der jeweilige Vorsitzende des Wahllokals die Öffnungszeit verlängert, sofern noch Wähler in der Schlange stehen. Es ist jedoch nicht verfassungskonform, dass die Wahllokale per Beschluss des CNE kurzfristig länger offen bleiben. Die nationalen Fernsehsender, die unter starkem Einfluss der Regierung stehen, sendeten am späten Nachmittag Live-Interviews bekannter Regierungspolitiker, die zur Wahl aufriefen. Offensichtlich ahnten sie das bevorstehende Debakel und wussten von den verlängerten Öffnungszeiten.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Unregelmäßigkeiten gemeldet. Möglichkeiten der Meldung von Verstößen, beispielsweise über die Menschenrechtsorganisation CEPAZ oder die web-basierte Denunziationsplattform „Guachiman“, wurden von besorgten Wählern häufig genutzt. Mehrfache Beschwerden wurden über verbotene Wahlwerbung, das zu nahe Aufstellen von Parteiständen an Wahlzentren oder etwa Einschüchterung geäußert. Ebenso kam es zu Klagen über schlecht funktionierende elektronische Wahlurnen.

Vor der Wahl verteilte die Nationale Wahlrat an die 97 Wahlbeobachter der Opposition nur zehn Akkreditierungen, während sie deutlich mehr regierungsaffine Wahlbeobachter akkreditierte. Die UNASUR, deren mangelnde Glaubwürdigkeit aufgrund einer möglicherweise parteiischen Haltung im Vorfeld für viel Unruhe sorgte, entsendete ebenfalls eine Mission.

Die hohe Wahlbeteiligung und das eindeutige Ergebnis lassen jedoch die Diskussion über mögliche Unregelmäßigkeiten in den Hintergrund rücken, da es an der Tendenz vermutlich wenig ändern würde. Dies dürfte auch der Grund sein, warum das vorläufige Teilergebnis zwar spät, aber letztlich von allen, auch Präsident Maduro, akzeptiert wurde.

Im Laufe des Montags ließen verschiedene Oppositionspolitiker verlautbaren, dass man mit einer Mehrheit von 113 Abgeordneten rechne. Damit hätte das Oppositionsbündnis nicht nur eine Dreifünftel-, sondern eine

Zweidrittelmehrheit, die den politischen Spielraum deutlich erweitert. Diese Vermutung verdeutlichte sich allmählich am Dienstagvormittag: Das CNE hat bekannt gegeben, dass die MUD 107 Sitze (64,07%) und die PSUV 55 Sitze (32,93%) errungen haben. Alle 3 Sitze, die der indigenen Minderheit vorbehalten sind, gingen an die indigenen MUD-Kandidaten, so dass die MUD auf 110 von insgesamt 167 Sitze kommt. 2 Sitze werden noch "verifiziert", also noch nicht bekannt gegeben, wer sie gewonnen hat. Sollte auf die MUD noch mindestens eines der beiden verbliebenen Mandate entfallen, würde sie die 2/3-Mehrheit erlangen.

Folgende relevante Aktionen und Änderungen kann das Parlament vornehmen:

Absolute Mehrheit (mindestens 84 Abgeordnete)

- Verabschiedung eines Amnestiegesetzes zur Freilassung politischer Gefangener
- Ernennung des Präsidenten und Vizepräsidenten der Nationalversammlung

Dreifünftelmehrheit (mindestens 100 Abgeordnete)

- Aufheben des bestehenden Ermächtigungsgesetzes, das dem Staatspräsidenten ermöglicht ohne legislative Beteiligung zu regieren
- Vorschlag und Abberufung von Mitarbeitern der Wahlbehörde
- Durchführung eines Referendums über die Absetzung des Staatspräsidenten
- Misstrauensvotum gegenüber dem Vizepräsidenten und den Ministern. Bei einem zweimaligen Misstrauensvotum gegenüber dem Vizepräsidenten kann der Staatspräsident das Parlament auflösen.

Zweidrittelmehrheit (mindestens 111 Abgeordnete)

- Temporäre Suspendierung eines Abgeordneten
- Einrichtung neuer oder Auflösung bestehender Parlamentsausschüsse

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

Dezember 2015

www.kas.de/venezuela

- Verabschiedung oder Änderung verfassungsändernder Gesetze
- Durchführung eines Referendums von internationalen Verträgen und Abkommen, die die nationale Souveränität oder die Übertragung von Kompetenzen an multilaterale Organe betreffen
- Durchführung eines Referendums zu Gesetzesvorhaben
- Konstruktive Absetzung der Richter des Obersten Gerichtshofes
- Abberufung des Ombudsmanns
- Vorschlag der Mitglieder des CNE
- Ausrufen eines Verfassungsreferendums
- Ausrufen von Neuwahlen des Parlaments

oder unlauteren Mitteln einen Gegenangriff startet, wird sich in den nächsten Tagen und Wochen zeigen. Andernfalls dürften sich Spaltungstendenzen im Chavismus verstärken. Es bleibt zu hoffen, dass bei einem Machtverlust des chavistischen Lagers selbiges besonnen und friedlich reagiert. Dies wäre im Sinne des venezolanischen Volkes, das durch das klare Wahlergebnis für Demokratie und gegen Autokratie gestimmt hat.

Eine Zweidrittelmehrheit ist zweifelsohne das schlimmste aller Szenarien für das Regierungslager. Präsident Maduro muss nun seine Absetzung fürchten. Fraktionswechsel korumpierter Abgeordneter oder Prozesse gegen neue Parlamentsvertreter ändern angesichts der Differenz wenig an den Mehrheitsverhältnissen. Auch ist das Ergebnis so deutlich, dass sich viele enttäuschte Sympathisanten und Opportunisten von Maduro und/oder der PSUV abwenden dürften. Die MUD hingegen muss nun die hohen Erwartungen erfüllen, die sich aus dem robusten Mandat ergibt, obwohl es sich „nur“ um eine Parlamentswahl handelte. Ebenso muss die MUD berücksichtigen, dass sie das Sensationsergebnis in der Höhe den Protestwählern zu verdanken hat. Sie muss den versprochenen Wechsel nun schnell und geschickt mit Inhalten füllen.

Innerhalb des Oppositionslagers besteht die Sorge, die Regierung könnte alles daran setzen, dem Parlament auf populistische Weise die Schuld für die Krise in die Schuhe zu schieben, die sich nach einhelliger Meinung der Ökonomen 2016 noch verschärfen wird. Ob sich das Regierungslager nach der heftigen Niederlage emotional und organisatorisch aufrappeln kann und mit legitimen